

● Arbeiterstandpunkt ●

Mai 1974

ZUR BUNDES-PRÄSIDENTENWAHL MM

Für den Wahlkampf um das Bundespräsidentenamt wurde von den beiden Großparteien ÖVP und SPÖ je 1 Kandidat nominiert. Diese beiden sind ihrer politischen Linie nach zum Verwechseln ähnlich.

Rudolf Kirchschräger - parteilos, 1950 aus der Gewerkschaft ausgetreten, aber Mitglied der SP-Regierung, praktizierender Katholik, Mitglied des MKV (Mittelschulkartellverband - MS - Organisation der ÖVP, Vorstufe zum CV, seinerzeit Mitglied der Vaterländischen Front.

Alois Lugger - ÖVP Mitglied, Landesobmann des ÖAAB, praktizierender Katholik, Mitglied des MKV, seinerzeit Mitglied der Heimwehr.

Es ist kein Wunder, daß der Wiener Kardinal im Namen der Kirche bei diesen beiden Kandidaten keine Stellung beziehen möchte. (lt. "Presse", 2.V.74) So schreibt die "Presse" vom 4./5.V.74: "Jedenfalls können die Österreicher wie immer es ausgeht, sicher sein, daß das nächste Staatsoberhaupt ein christliches Begräbnis findet, daß schon beim nächsten Katholikentag im Herbst der "erste Bürger" nicht fehlen wird, daß, wie unter dem seligen Kaiser Franz Josef, bei der Fronleichnamprozession hinter dem "Himmel" wieder ein Bundespräsident einherschreiten wird." Noch ein Grund mehr für die Kirche, beide gleichzustellen, ist Kirchschrägers Einstellung zur Abtreibung. Er tritt für die Indikationslösung ein so wie ÖVP und Kirche, obwohl die SP die Fristenlösung als Wahlpropaganda in der letzten Wahl benützt hat, um mit dieser Errungenschaft die Massen von ihren materiellen Bedürfnissen abzulenken.

Wenn sich nun die beiden Kandidaten in ihrer politischen Einstellung so ähnlich sind, wie sieht es mit den Parteien aus, die sie aufgestellt haben.

Die ÖVP ist die Partei der Bourgeoisie, die Partei der Kartelle, des Mono-

polkapitals, die rechtsbürgerliche Partei. Die, wenn notwendig, für die Errichtung der offenen kapitalistischen Diktatur eintritt, zur Sicherung der Herrschaft des Monopolkapitals. Dieser Partei, diesem Kandidaten keine Stimme!!

Die SPÖ war vor 1914 die Partei der Arbeiter. Sie entwickelte sich zu einer kleinbürgerlichen Partei mit Arbeiteranhang, die heute von kleinbürgerlichen bis bürgerlichen Arbeiterbürokraten geführt wird. Dem Charakter ihrer Politik nach ist sie eine bürgerlich-demokratische "Arbeiter"partei. Sie tritt für die Beibehaltung der bürgerlichen Demokratie ein.

Was unterscheidet nun Kirchschräger von der SP?

Kirchschräger nennt sich parteilos, das heißt: er hat heute kein Parteibuch, trotz Berufung in die SP-Regierung ist er nicht der Partei beigetreten. Gleichzeitig ist er Mitglied des rein bürgerlichen MKV, welcher der ÖVP sehr nahe steht, und war früher Mitglied der erzreaktionären Vaterländischen Front, also Parteigänger von Dollfuß und Schuschnigg! Seit Bestehen der SPÖ gab es noch nie einen von ihr nominierten Bundespräsidentenskandidaten, der nicht Mitglied der Partei war. Auch die "Presse" weist auf die paradoxe Situation hin; wie sei ein praktizierender Katholik mit der militant atheistischen Herkunft der SP vereinbar, Kirchschräger hat nichts gemeinsam mit der Tradition der SP. Obwohl aus ärmsten Verhältnissen stammend, arbeitete er sich zu leitenden Funktionen im bürgerlichen Staatsapparat empor. Er bewies dort seine Verlässlichkeit für die Bourgeoisie und wurde schließlich mit einem Botschafterposten betraut. Sein Sohn war Sekretär des Wiener Kardinals. Kirchschräger gilt als Verbindungsmann der SPÖ-Regierung zur Kirche. Er ist vor allem bürgerlicher Diplomat im Rahmen der bürgerlichen Demokratie, bürgerlicher Demokrat. Er wird daher wie alle anderen Bürgerlichen, wenn von ihrem Standpunkt notwendig, nicht vor der Aufrichtung der offenen kapitalistischen Diktatur zurückschrecken. Daher ist er als Bundespräsident nicht einmal so ein geringes Hindernis gegen die Errichtung der offenen kapitalistischen Diktatur, wie es zum Beispiel ein echter sozialdemokratischer Präsident gewesen wäre. Für Kirchschräger sind die bürgerlichen Interessen bestimmend und nicht die Interessen der SPÖ, geschweige denn die der Arbeiter.^{+) Die SPÖ ist gezwungen, bedingt durch ihre starke kleinbürgerliche Basis in der Kopfschicht und um den Arbeiteranhang nicht zu verlieren, auch deren Interessen zu berücksichtigen. Das unterscheidet sie auch heute noch von einer echten bürgerlichen Partei.}

+) PS.: Laut ORF vom 29.5.74 war Kirchschräger von 1945 bis 1947 Mitglied der ÖVP.

Was haben SP und Kirchschräger gemeinsam?

Heute bildet der bürgerliche Flügel der Sozialbürokratie die Spitze in der Partei und bestimmt daher auch entscheidend deren Politik. Ihre Politik ist daher heute überwiegend bürgerlich. Und hier treffen sich für einige Zeit die Interessen der SPÖ und die Kirchschrägers. Die Übereinstimmung mit dem fast vollkommen bürgerlichen Regierungsprogramm Kreiskys ermöglichte es dem rein bürgerlichen Diplomaten Kirchschräger, in dessen Regierung einzutreten. Beide sind für kapitalistisches Wirtschaftswachstum, für höhere Profite und für das Aufrechterhalten des kapitalistischen Staates. Dies ist nur möglich durch Ruhighalten der Massen, um sie möglichst gut ausbeuten zu können. Dafür darf die Sozialbürokratie am Profit teilhaben, Kreisky zum Beispiel bekommt für seine Verdienste 1,144.000 Schilling im Jahr.

Die SPÖ versucht durch kleine Zuckerln, die sie als große Errungenschaften ausgibt, wie zum Beispiel die Fristenlösung, ein paar Prozente mehr für die Rentner ^{und} erhöhte Geburtenbeihilfe (allerdings aus dem Familienausgleichsfond), die Massen vom Kampf abzuhalten. Andererseits stimmt sie in der Paritätischen Kommission gemeinsam mit der Bourgeoisie für Preiserhöhungen zum Beispiel bei Benzin, Milch u.s.w. und ermöglicht auf diese Weise den Kapitalisten, den Massen ungehindert ein Mehrfaches dessen zu nehmen, was sie für die Massen "erkämpfte". Sie rührt keinen Finger für allgemeine Lohnerhöhungen, Anhebung der Mindestlöhne, Angleichung der Löhne an die Teuerung. Sie führte jedoch eine Lohnsteuerreform durch, die nur geringen Teilen der Arbeiterklasse etwas bringt, den Ärmsten jedenfalls nicht, denn diese zahlen ohnehin keine Steuer. Die Politik der SPÖ ist auf die kapitalistische Wirtschaft ausgerichtet: diese muß florieren, damit die Profite fließen. Die Arbeiter sollen den Gürtel enger schnallen, denn die Profite dürfen nicht geschmälert werden. Die SPÖ hat längst aufgehört, echte Reformen für die Massen der Ausgebeuteten zu erkämpfen. Ganz zu schweigen davon, die Arbeiter im Kampf zum Sturz des Kapitalismus und zur Errichtung des Sozialismus zu führen. Die Politik der SPÖ wirkt nicht im Sinne der Arbeiter und Kleinbürger, sie ist Politik im Sinne des Kapitalismus. Daher keine Illusion in die SPÖ und noch weniger in ihren Präsidentschaftskandidaten, der noch mehr ein Ausdruck ihrer momentanen bürgerlichen Politik ist.

Beide Kandidaten sind Vertreter des bürgerlichen Lagers. Mit der Aufstellung von Kirchschräger sicherte die SPÖ schon vor der Wahl, egal wie diese auch immer ausgehen möge, daß für die nächsten 6 Jahre ein verlässliches bürger-

liches Element an der Spitze des kapitalistischen Staates stehen wird. Bei dieser Wahl gibt es daher für die ausgebeuteten Massen nur eine Möglichkeit:

Keine Stimme den beiden bürgerlichen Kandidaten!!

Abgabe von leeren Stimmzetteln!!

Die ausgebeuteten Massen brauchen eine Partei, aber eine solche, die sie in den Kampf führt für ihre eigenen Interessen, wie zum Beispiel: Für höheren Reallohn auf Kosten der Profite - und nicht für höhere Profite. Für die Errichtung der proletarischen Demokratie in Staat und Wirtschaft mittels proletarischer Revolution und nicht für das Verewigen der bürgerlichen Demokratie.

Unsere Aufgabe ist es daher, uns dies^S Kampfinstrument gegen die Bourgeoisie zu schaffen. Nur so können die arbeitenden Massen von Ausbeutung und Knechtschaft befreit werden.

Daher Bruch mit allen Parteien, die für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie eintreten!

Bruch mit SP und KP!

Kampf für den Aufbau der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei!!

o-o

BEGINNEN SICH DIE ARBEITER
AUCH IN ÖSTERREICH ZU WEHREN?
AUCH IN ÖSTERREICH ZU WEHREN?

Nicht umsonst wurden die SP-Bürokraten von der Bourgeoisie in die Alleinregierung gedrängt. Da sich große Teile der Massen in der Gefolgschaft der SP befanden und noch immer befinden, sollte durch diese Maßnahme der Ausbeuterfriede in Österreich aufrechterhalten werden, sollten die Massen trotz wachsender Belastungen ruhig gehalten werden. Dies ist den SP-(und auch KP-)Bürokraten im Großen und Ganzen gelungen, wenn man Österreich mit Italien, England, Deutschland oder Japan vergleicht. Doch wenn man die Streikzahlen für 1973 hernimmt, kann man auch in Österreich ein Ansteigen der Massenkämpfe(ohne dies überschätzen zu wollen) feststellen.

Streikjahr:	1970	1971	1973
Personen:	7.541	2.431	78.251
Stunden:	212.928	29.614	794.119

Dieser Trend dürfte sich auch dieses Jahr womöglich in verstärktem Maße fortsetzen.

Eine der Ursachen für diese Entwicklung ist der wachsende Lohn- und Preisraub, der für immer größere Teile der Massen spürbar wird. Allein schon dieses Jahr wurden die Preise für Zigaretten, Strom, ^{Bier,} Benzin, Milch und Molkereiprodukte hinaufgesetzt. Dazu gehören noch die Einschüchterungsversuche der Bourgeoisie und ihrer Helfer, zum Beispiel die von der internationalen Monopolbourgeoisie hervorgerufene "Ölkrise" und die Probleme der von der Bourgeoisie verursachten Umweltverschmutzung, deren Kosten auf die Massen überwälzt werden sollen.

Auf der politischen Seite hatten und haben die Massen Illusionen in die SP, daß diese als Regierungspartei die Interessen der Massen vertreten würde. Versprechungen in diese Richtung waren ja von den SP-Bürokraten genug vorhanden. Doch kaum eine dieser Versprechungen wurde in nun fast vier Jahren SP-Regierung erfüllt. Im Gegenteil, die SP hat sich, für viele Arbeiter erkennbar, ziemlich offen in ihren Handlungen als Partei im Interesse der Monopolbourgeoisie entpuppt.

Diese Entwicklung versuchen die KP-Bürokraten für sich auszunutzen, indem sie auf die Rolle der SP hinweisen und Losungen ohne konkrete Kampfانweisungen für die Arbeiter herausgeben, wie: "Wehrt euch gegen.....", "Kämpft für...." usw. Ihre einzige größere Aktion, die sie in letzter Zeit setzten, war die Teuerungs-Alibi-Aktion in Wien, die sie als Fitneßmarsch für ihre Pensionisten gedacht hatten, und die mehr Zulauf hatte, als ihnen wahrscheinlich lieb war.

Ein großes Ausmaß haben seit Anfang dieses Jahres die Protestresolutionen aus den Betrieben ^{an-}genommen. Es ist richtig, daß solche Protestresolutionen, Forderungen, oft von bürokratischen Betriebsräten benutzt, eingesetzt werden, um Kampfaktionen der Arbeiter zu vorzuzukommen. Doch solche Betriebsräte fassen auch diese Protestresolutionen nicht ohne Grund ab.

Wenn die Erregung unter den Arbeitern in einem Betrieb über Teuerung, Lohnraub, Arbeitsbedingungen immer größer wird und die Gefahr akut wird, daß sie der SP- oder KP-Führung entgleiten und über die bürokratischen Betriebsräte hinweg Kampfmaßnahmen ergreifen, werden diese mit allen Mitteln, auch durch Abfassung von Protestresolutionen versuchen, die Arbeiter zu beruhigen. Die Menge solcher Protestresolutionen, auch aus Betrieben, die SP-Hochburgen sind, zeigt jedoch das Ausmaß der Unzufriedenheit unter den Arbeitern an. Man kann diese Bewertung noch dadurch einschränken, daß GE-Betriebsräte, soweit sie die Mehrheit in einem Betrieb haben, durch Abfassung von Protestresolutionen für sich und die KP Stimmung machen wollen. Von den SP-Betriebsräten kann man das wohl kaum behaupten, die in mehreren Fällen die von ihnen in den Betrieben unterschriebenen Resolutionen in Gewerkschafts-

sitzungen dann widerriefen.

Die Protestresolutionen richteten sich gegen die Teuerung und die hohe Lohnsteuer. Sie forderten Lohnerhöhungen, Lohnsteuersenkung, Preisstopp, Teuerungsabgeltung. Es wurden bis Mitte April mehr als 30 Protestresolutionen abgeschickt, zum Großteil aus Betrieben.

Fand 1973 in den ersten drei Monaten nur der Lehrerstreik (Februar) statt, so fanden dieses Jahr in diesem Zeitraum bereits mehrere Streiks statt: Bautischlerei Hanzel, Wien, 2 Tage; Transportbeton, Wien, 60 Beschäftigte, 3 Tage; Molkereien, zuerst Warnstreiks, dann Streiks im ganzen Bundesgebiet; Fettindustrie: es fanden nicht Streiks statt, sondern sogenannte "Vollversammlungen", die aber oft den ganzen Tag dauerten. Betroffen waren die Firmen Unilever-Atzgersdorf, Meidl, Coop, Vegetabile, Vereinigte Fettwarenindustrie Wels und andere.

Bei den Grazer Gemeindebediensteten und den Verkehrsbetrieben, sowie bei den steirischen Bau- und Holzarbeitern wurden die Forderungen vor Ablauf eines Streikultimatums erfüllt.

Es bleibt nun abzuwarten, ob sich die Arbeiter mit Resolutionen zufriedengeben, ob sie weiter den Versprechungen und dem Scheinkampf der SP- und KP-Bürokraten glauben. Außer Versprechungen und minimalen Zugeständnissen können sie von diesen nichts erwarten.

SP und KP wollen nichts für die Arbeiter machen. Die Forderungen der GE leiten auf ein Nebengeleis. Nicht auf die Lohnsteuerreform, die sie so bengalisch beleuchten, muß der Hauptkampf ausgerichtet sein, (wir bekämpfen ja in erster Linie die indirekten Steuern) sondern auf die Erhöhung der Löhne. Durch dauernden Druck in den Betrieben müssen die Arbeiter die Bürokraten zwingen, ihre Forderungen verwirklichen zu helfen. Darüber hinaus müssen sie im Kampf die Rolle der Bürokraten immer besser erkennen, sich letzten Endes von ihnen lösen und ihre eigene, die proletarischdemokratische Führung, Partei, herausbilden.

Z U S A M M E N S T E L L U N G

=====

der Betriebe, die von Jänner bis April 1974 Protestresolutionen abschickten (aus der Volksstimme):

Graz: Maschinenfabrik Andritz,
Waagner Biro, SGP, Puch,
Elin Weiz,
König und Bauer, Mödling,
Glanzstoffwerke St. Pölten,
Hüttenwerk Donawitz,
Böhler Kapfenberg,
Solvay Werk Ebensee,
Veitscher Magnesit Trieben,

Austria Email AG - Knittelfeld,
Maschinenfabrik Simmon Wien,
Metallwarenfabrik Danubia-Tribuswinke
ÖAF - Wien,
Steirischer Erzberg,
Grazer Verkehrsbetriebe,
Alpine Zeltweg,
ÖMV-Bau-Montage,
Brunner Glasfabrik

Loba Chemie
Baubetriebe in Wien:
Hofmann und Maculan, ARGE Kernbau,
ARGE Unido, ARGE Arsenal,
U-Bahn-Schwedenplatz,
Goerz Electro,
Gewerkschaft der Lebensmittel-
arbeiter der Steiermark,

Gesamtbetriebsrätekonferenz der öster-
reichischen Brau-AG,
Arbeiterbetriebsrat der Voest-Alpine,
Metallbetrieb Kohmeier KG-Wien,
Elan,
Raffinerie Schwechat.

o-o

K R E I S K Y S A N T I K O M M U N I S M U S MM

Die vornehmlich greise Garde der KPÖ steht angetreten zum Gefecht gegen den "Antikommunismus". Die "Volksstimme" läßt kaum einen Tag verstreichen, ohne die "massiv antikommunistische SP-Bürokratie" zu zitieren: "In einer seiner antikommunistischen Erklärungen warnte Kreisky in den letzten Tagen, man werde die SP nicht von einer Gruppe links von ihr abhängig machen, indem man sie um zwei oder drei Mandate bringt." (Volksstimme) Die "Demokratie" wäre bedroht und überhaupt sei es ein Unglück für die Sozialdemokratie, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten.

Solches läßt die KPÖ nicht auf sich beruhen: "Liegt es nicht vielmehr im Interesse auch jener sozialistischen Arbeiter, die noch ernste Meinungsverschiedenheiten mit uns Kommunisten haben, daß sich unzufriedene SP-Wähler nach links, zu uns Kommunisten wenden?" Bevor wir weiterschreiben gleich die Antwort. Nein und nochmals nein!

Beide hauen in die gleiche Kerbe. Beide fürchten um ihre Schmarotzerinteressen: die SPÖ um ihre fetten Pfründen, die KPÖ um die, die sie noch zu bekommen wünscht. Das Unglück für die Sozialdemokratie bedeutet unter anderem Unheil für die Nassauer von der SPÖ. Hier dreht sich um Mandate, um die Fähigkeit, die Massen hinter sich herzuführen, um sie für sich auszunützen.

"Wählt KPÖ!" nicht um die Arbeiterklasse zu stärken, um ihr neue Möglichkeiten in die Hände zu geben, den Kampf gegen den Kapitalismus zu führen ... nein! Im Gegenteil, um einer KPÖ dickgepolsterte Posten in der kapitalistischen Wirtschaft und in deren Staat zu besorgen! "Mit der neuen Welle antikommunistischer Erklärungen verfolgt Kreisky mehrere Ziele."

Hören wir sie uns an. Er will "damit seinen stark angeschlagenen Nimbus wieder aufpolieren." Ja, der Bourgeoisie die Macht zu erhalten ist ein aufwendiges Geschäft und wird es immer mehr. Den Massenanhang nicht verlieren zu wollen und es zugleich den Kapitalisten zu richten, da kann es schon leicht passieren, daß der Nimbus matt und matter glänzt - auf beiden Seiten:

den Bürokraten treibt den Schweiß heraus, denken sie daran, den Massen- anhang und, was Hand in Hand damit einhergeht, die Sympathien der Bourgeoisie zu verwirken. Lediglich Neid und Ärger bleiben übrig, gelingt es den Bürokraten von der anderen Firma, die Massen einzulullen ... und Angst, wenn es der Arbeiterklasse glückt, sich endgültig von diesem Gesindel loszusagen. Die Blicke der SP-Bürokraten richten sich nicht nur mit Unbehagen auf die drängenden Schmarotzerinteressen der KPÖ, noch viel mehr fürchten sie sich vor der Masse ohne bürokratische Verführung, vor der revolutionären Arbeiterklasse. Die KPÖ beliebt dies wie folgt auszudrücken:

"Die antikommunistischen Erklärungen Kreiskys sind vor allem dagegen gerichtet, daß sowohl in den Betrieben um ihre Tagesforderungen als auch in Ausübung der internationalen Solidarität vor allem mit Chile, Sozialisten und Kommunisten immer öfter in gemeinsamen Aktionen ihre gemeinsamen Ziele vertreten."(ebenda) Kreiskys Antikommunismus bereitet der KPÖ Schwierigkeiten, will man uns einreden, im Kampfe für Arbeiterforderungen und Arbeiterziele, er schmeißt der internationalen Solidarität, gehandhabt durch die KPÖ, Prügel zwischen die Beine. Überschätzung ist auch eine Einschätzung - allerdings eine Fehleinschätzung. Spricht man der KPÖ auch vieles ab, an einem mangelt es ihr nicht: an "Selbstbewußtsein". Genau wie sie Niederlagen in Siege verbiegt, aus Tausend Tausende werden, die ihren Demonstrationen folgen, so ändert sie ihren tatsächlichen Bürokratismus in den Kommunismus in Worten um. Sie gibt sich aus als Wahrerin der Arbeitersache. Sie "kämpft" gegen den antikommunistischen Kreisky - der er wohl ist - der gegen die Tagesforderungen der Arbeiter und deren Ziele auftritt - was alles stimmt - aber, und das ist das Kuriosum daran, die KPÖ fühlt sich selbst betroffen; gerade sie, die fernab von den Arbeiterinteressen steht!

"Damit sind wir beim Ausgangspunkt" schreibt die "Volksstimme", "nur wenn sich größere Wählergruppen nach links wenden, nur wenn die Kommunisten weiter stärker werden, bei Wahlen gewinnen und auch in den Nationalrat einziehen, kann sich auch innerhalb der SP eine Linksbewegung anbahnen." Ansonsten, meint ein KPl'er, droht der SP ein noch intensiverer Rechtstrend und Anhängerschwund. Er erteilt der SP weise Ratschläge, wie sie die Massen weiter illusionieren kann. Seid's gscheit, hört's auf uns. Alleine seid ihr auf lange Sicht ^{zu} schwach. Spannen wir gemeinsam die ausgebeuteten Massen vor den Karren des Kapitalismus!

Die Bürokraten von der KPÖ rechnen in ihren kühnsten Träumen bloß mit zwei oder drei Nationalratssitzen. Das nennt man Bescheidenheit - allerdings berechnende Bescheidenheit. Denn die KPÖ weiß allzu genau, daß sie alleine kaum instande sein wird, die Massen zu führen, das heißt zu verwirren. Zu riskant wäre solches für sie: dann etwa die Massen nicht an die SPÖ zu-

rückzuverlieren, sondern an die revolutionäre Arbeiterpartei. Bedeutend lieber schwebt ihr das Bild von trauter Eintracht mit einer "linken" SPÖ vor: "links", aber im Rahmen der Sozialdemokratie und des Stalinismus!

Bereits heute baut die stalinistische Clique auf ihre eigene Unfähigkeit, den Massen eine Alternative zu sein - und das auch im bürokratischen Sinne. Deshalb verzichtet sie darauf, mit der Sozialbürokratie zu brechen, faselt vor der breiten Masse der Bevölkerung etwas von einer "Linksbewegung" innerhalb der SPÖ, die diese radikalisieren soll, statt klipp und klar aufzuzeigen, daß wir es mit einer unheilbar entarteten SP zu tun haben! Das Wirken der KPÖ drängt die Arbeiterklasse weit mehr zur SPÖ, als sie von ihr wegzuziehen.

Die KPÖ ist unfähig auch nur für Tagesforderungen des Proletariats, geschweige für Arbeiterziele konsequent zu kämpfen - Kreisky ist nicht auf den Kopf gefallen und weiß dies auch. Wenn daher der Bundeskanzler gegen den Kommunismus zetert, so meint er keinesfalls die KPÖ als Ausgangspunkt der Gefahr für die kapitalistische Herrschaft. Wie sollte er der KPÖ den Willen unterschieben, eine proletarische Einheitsfront zielstrebig durchzuführen, da sie doch schon so oft und oft das Gegenteil bewiesen hat.

Die SPÖ hat Angst vor einer Linksbewegung über die KPÖ hinweg, einer Bewegung, die sich wahrscheinlich gar nicht ernstlich beim Stalinismus aufhalten wird. Die Ausgebeuteten drängen weiter; das lausige Pack der Verratsparteien abschüttelnd, werden sie ihre Vertreter finden, die proletarisch-revolutionäre Arbeiterpartei!

STÄRKT DEN ANSATZ DAZU, STÄRKT DIE
GRUPPE UM DEN - ARBEITERSTANDPUNKT - !!!!!